

Protokoll:	Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	4
		TOP:	2
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	26.01.2024		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Sidgi (SWSG)		
Protokollführung:	Herr Haupt / fr		
Betreff:	"Energiesparmaßnahmen bei der SWSG umsetzen!" - Antrag Nr. 295/2023 vom 14.11.2023 (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei)		

Der im Betreff genannte Antrag und dessen ausführliche Beantwortung der dort aufgeworfenen Fragen durch die SWSG und die Verwaltung ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Herr Sidgi (SWSG) betont, dem Gremium liege eine schriftliche Beantwortung des Antrags Nr. 295/2023 (Die FrAKTION LINKE, SÖS, PIRATEN Tierschutzpartei) durch die SWSG vor. Daraufhin berichtet Herr Sidgi im Sinne der angehängten Präsentation und geht auf die Beantwortung der Fragen des obigen Antrags ein.

Er ergänzt hinsichtlich des auf Folie 8 dargestellten klassischen hydraulischen Abgleichs nach Verfahren B, dieses aufwendige Verfahren koste pro Wohnung mittlerweile zwischen 1.200 bis 1.500 Euro, was für die SWSG einen Kostenbereich im Umfang von etwa 10 bis 15 Mio. Euro bedeute. Daher habe sich die SWSG für ein alternatives, weniger aufwendiges hydraulisches Abgleichverfahren entschieden.

In Bezug auf die auf Folie 13 aufgeführten energetischen Investitionen in den Jahren 2024 bis 2026 erklärt Herr Sidgi, diese Investitionen würden fremdkapitalfinanziert mit

einem Eigenkapitalanteil, welcher ermittelt werden müsse. Dieses geschehe nicht über eine Eigenkapitalquote, sondern über die Höhe der Innenfinanzierungskraft. Dieses ergebe sich allein aus der Liquiditätsbetrachtung. Die Begriffe sollten nicht durcheinandergeworfen werden: Schließlich sichere die Eigenkapitalquote in keiner Weise, dass die Innenfinanzierungskraft zu hoch sei, und dass lediglich die Durchschnittsquote an Fremdkapital aufgenommen werden müsse. Die einzig wichtige Frage bei Beginn eines Bauprojekts mit beispielsweise Kosten in Höhe von 10 Mio. Euro laute, ob es aufgrund der Innenfinanzierungskraft möglich sei, 2 Mio. Euro mitzubringen. Somit müssten 8 Mio. Euro fremdfinanziert werden. Dagegen sei es einerlei, welche Eigenkapitalquote in der Bilanz aufgeführt sei, denn zu Beginn des Projekts müsse das Kapital vorhanden sein.

Herr Sidgi betont hinsichtlich des auf Folie 16 dargestellten "Rundum-Sorglos-Pakets" der SWSG bei Balkon-PV-Anlagen, die Quote der Interessierten liege bei lediglich 10 Prozent, obwohl die SWSG einen Großteil der Kosten übernehme.

Die Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei habe den Antrag gestellt, das Thema im Ausschuss für Klima und Umwelt (AKU) zu behandeln, so BM Pätzold. Allerdings sei der Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen (WA) der zuständige Ausschuss, da es um einen Beteiligungsbetrieb gehe. Die Kleinteiligkeit des Antrags und die Tatsache, dass ein Beschluss herbeigeführt werden solle, der Gemeinderat solle den SWSG-Aufsichtsrat anweisen, sehe die Verwaltung sehr kritisch und rate davon ab. Im Jahr 2021 sei die Klimastrategie-Strategie der SWSG im Gemeinderat beschlossen und damit das Ziel vorgegeben worden. Dies treffe ebenso auf den Beschluss zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 zu. Die im Antrag aufgeführten Themen betreffen jedoch den SWSG-Aufsichtsrat. Es sei zwar nachvollziehbar, das eine oder andere Thema öffentlich diskutieren zu wollen und somit der SWSG die Möglichkeit einer positiven Selbstdarstellung zu geben, aber aus Sicht der Verwaltung sei ein Beschluss, wie im Antrag formuliert, in dieser Hinsicht nicht richtig. Es müsse berücksichtigt werden, welche Beschlussfassung noch im Aufsichtsrat erfolgen solle, da die Wichtigkeit gewisser Themen beachtet werden müsste. Die Beantwortung der Fragen des Antrags hätte daher auch im SWSG-Aufsichtsrat erfolgen können.

StRin Tiarks (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) betont, die Methode eines Beschlusses durch Vertreter*innen in diesem Gremium sei bereits in unterschiedlichen Feldern angewendet worden. Dies habe beispielsweise Themen wie die Mieterhöhungen und die Gehälter des Pflegepersonals betroffen. Die Möglichkeit eines öffentlichen Beschlusses sei ihr demokratisches Recht, so StRin Tiarks. BM Pätzold habe selber ausgesagt, für die SWSG biete das Thema eine gute Möglichkeit, ihre positiven Aktivitäten herauszustellen. StRin Tiarks äußert ihren Dank für den Bericht der SWSG und die Beantwortung der im Antrag aufgeworfenen Fragen. Die Relevanz des Themas sei aufgrund des Klimawandels bekannt. Die generell vorliegenden Zahlen und Berichte zeigten, dass die Ziele nicht erreicht werden könnten und somit große Probleme in der Zukunft bestehen würden. Jede auch noch so kleine Maßnahme gegen den Klimawandel zähle.

Bei Ziffer 1 habe die SWSG in ihrer Beantwortung des Antrags aufgeführt, dass die Mieter*innen durch die Energiewendetarife 2 Euro am Grundpreis sparten. Es stelle sich die Frage, ob dies mit den Einsparungen der Mieter*innen aufgrund ihrer PV-Anlagen übereinstimme.

Verständnis äußert die Stadträtin für die Beantwortung unter der Ziffer 2b. Eine mögliche Verzögerung gewisser Maßnahmen könne durchaus aus verschiedenen Gründen erfolgen. Allerdings seien Heizungen über den Winter hinweg teilweise in großem Maß in Betrieb gewesen. Auf diesen Sachverhalt solle ein größeres Augenmerk gelegt werden.

Bei Themen der Solarleuchten und der Frage, wie lange die Zeitschaltuhren angeschaltet werden sollten, sei dieser Zeitraum in einer bestimmten Garage von 10 Minuten auf 2 Minuten reduziert worden. Die Stadträtin erkundigt sich, wie die Zeitschaltuhren grundsätzlich eingestellt seien und welche gesetzlichen Anforderungen hierfür bestünden.

StRin Tiarks betont, die SWSG habe bei ihrer Beantwortung ausgeführt, der Einsatz von Laubbläsern werde im Bestand durch den Einsatz von Rasenmähern versucht zu verringern. Es stelle sich die Frage, was bei der SWSG auch personell notwendig wäre, damit die Laubbläser nicht mehr verwendet werden müssten.

Es sei von der SWSG dargelegt, Maßnahmen für den hydraulischen Abgleich des Heizungssystems würden umgesetzt (Thermostate). Die Stadträtin fragt nach, wann nach der Erprobungsphase die eigentliche breite Umsetzung beginne.

Die SWSG habe in ihrer Beantwortung ausgeführt, ein pauschaler Tausch aller Umwälzpumpen, die älter als 10 Jahre sind, sei aus Ressourcenaspekten nicht sinnvoll. Diese Argumentation kann die Stadträtin nachvollziehen. Allerdings stelle sich die Frage, von welcher Anzahl hierbei ausgegangen werde.

StRin Tiarks begrüßt den von der SWSG dargestellten Sachverhalt, dass die anderen Programme auch für die Nutzer*innen aufgesetzt würden. Schließlich bestehe hierbei ein großes Potenzial. Andererseits führe die SWSG aus, die Duschkopferneuerung werde im Zuge von Wechseln bei Mietern vorgenommen, wenn es notwendig erscheine. Es sei unklar, was dieser Passus bedeute. Positiv zu bewerten sei die stets bei Neubauten und Modernisierungen durchgeführte Duschkopferneuerung bei Neubauten.

In Bezug auf den von der SWSG erwähnten "Testballon" für die Balkonkraftwerke sei die Übernahme der Montagekosten durch die SWSG zu begrüßen. Die Unterstützung der Anträge der Mieter*innen durch die SWSG sei ebenso positiv. Die Stadträtin fragt nach, in wie vielen Gebäuden diese Unterstützung angeboten worden sei. Der Anteil von lediglich 10 Prozent Interessenten an diesem Angebot sei bedauerlich.

StRin Fischer (90/GRÜNE) erinnert daran, dass ein Antrag ihrer Fraktion anlässlich der Strategiedebatte im Jahr 2021 eine große Mehrheit im Gemeinderat gefunden habe. Es sei damals beantragt worden, die gebäudebezogenen Voraussetzungen für die Klimaneutralität bereits bis 2035 zu schaffen. Dieser Schritt sei ein Jahr vor dem Beschluss zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 durch den Gemeinderat erfolgt. So habe die SWSG ein Jahr früher die Chance erhalten, sich entsprechend aufzustellen und die energetische Sanierungsrate von 4 Prozent so rasch wie möglich anzustreben. Auch dieses Ziel sei Teil des damaligen Antrags ihrer Fraktion gewesen. Ebenso habe der Antrag Themen wie die Hüllenmodernisierung, den Anschluss an grüne Wärmenetze, die Umstellung auf erneuerbare Wärmeversorgung usw. beinhaltet. All diese Themen seien damals bereits vom Gemeinderat beschlossen worden. Ein Punkt des Antrags habe die regelmäßige Berichterstattung durch die SWSG im AKU vorgesehen und die

SWSG habe im letzten Jahr diese Berichterstattung im AKU auch vorgenommen. Ihre Fraktion könne daher den vorliegenden Antrag nicht gut nachvollziehen. Die Beauftragung von SWSG-Aufsichtsräten lehne ihre Fraktion ab. An Herrn Riegger appelliert die Stadträtin, bei der Beratung der Mieterinnen und Mieter durch die SWSG nicht nachzulassen, wie diese ihren Energiebedarf verringern könnten. Möglicherweise müsse noch intensiver die Einzelansprache gewählt werden. Es stelle sich die Frage, ob Paten oder "Muttersprachler" gewonnen werden könnten, die der Bevölkerung die Maßnahmen erklärten. StRin Fischer betont, bei ihren Besuchen in SWSG-Wohnungen empfinde sie diese eher als überheizt, da die Bewohnerinnen und Bewohner die Energiekosten oftmals nicht selber bezahlen müssten.

StRin Porsch (CDU) erklärt, angesichts des vorliegenden Antrags komme sie ins Grübeln. Auch ihre Fraktion lehne die Anweisung des SWSG-Aufsichtsrats ab. Die kleinteiligen Forderungen, u. a. alle Leuchtkörper gegen LED auszutauschen und die Heizungen abzudrehen, seien absurd. Sie habe die Ruhe der SWSG bei der Beantwortung der Fragen des Antrags bewundert, die einzelnen Punkte mit guten Argumenten abgearbeitet zu haben. Die Stadträtin schlägt im Rahmen eines Geschäftsordnungsantrages vor, die erneut von StRin Tiarks aufgeworfenen Fragen schriftlich zu beantworten. Diese sei Mitglied in SWSG-Aufsichtsrat, und das ein oder andere hätte dort bilateral diskutiert werden können. Es sei zuvor ausgesagt worden, mit der SWSG bestehe ein vorbildliches Unternehmen in der Stadt und entsprechende Berichte seien im AKU vorgestellt worden, was zu begrüßen sei. Dagegen sei der WA der falsche Ausschuss, sich mit Themen wie dem Einsatz von Laubbläsern oder dem Abdrehen von Heizungen in einzelnen Treppenhäusern zu beschäftigen. Zudem habe sie großes Vertrauen in die Mitarbeiter der SWSG, dies sich um die einzelnen Gebäude kümmerten.

In dem Bericht der SWSG sei eine Problematik beinhaltet, welche nicht allein die SWSG betreffe, sondern die stets auftrete, wenn Aufsichtsräte eine gute Arbeit leisteten, so StR Lutz (SPD). Schließlich ständen die Aufsichtsräte eher nicht in der Öffentlichkeit. Es würden zahlreiche Aspekte in Aufsichtsräten sehr gut diskutiert, allerdings gelangten diese Punkte aus dem Aufsichtsrat hinaus aufgrund seiner Konstruktion nicht an die Öffentlichkeit. Dabei seien die Themen in einem Aufsichtsrat öffentlich nachvollziehbar, und eine Vielzahl dieser Aspekte hätte bereits beantwortet werden können. Der vorliegende Antrag sei sehr kleinräumig, weshalb ihn seine Fraktion lediglich zur Kenntnis nehme. Jedem Aufsichtsratsmitglied bleibe es unbenommen, die Fragen und einige gute Hinweise mitzunehmen. Der Stadtrat betont, in Bezug auf die Hausmeistertätigkeit sei das Thema einer kleinräumigeren Betreuung von Objekten bereits im Aufsichtsrat behandelt worden. Da er kein Mitglied im SWSG-Aufsichtsrat sei, sei ihm nicht bekannt, ob diesbezüglich bereits Aktivitäten liefen. Durch diese engere Betreuung könnten viele der anstehenden Aspekte gelöst werden. Der Stadtrat äußert die Bitte an die SWSG, sich des Themas "Kleinräumigkeit bei Hausmeistertätigkeiten" anzunehmen. BM Pätzold sagt zu, diese Thematik in den SWSG-Aufsichtsrat einzubringen.

StR Puttenat (PULS) betont, seine Fraktionsgemeinschaft werde dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen. Schließlich leiste die SWSG bereits gute Arbeit. Es sei dennoch zu begrüßen, dass dieser Antrag gestellt worden und über diesen diskutiert worden sei. Daher könne er die Aufregung nicht verstehen.

Es sei verwunderlich, warum ein derartiger Antrag gestellt worden sei, so StR Zaiß (FW). Der WA sei nicht zuständig für diese Thematik und die Zeit sei ihm für diesen Antrag zu schade, so der Stadtrat.

Laut StRin Tiarks soll der Geschäftsordnungsantrag der CDU abgelehnt werden. Schließlich wünsche sie die Beantwortung der aufgeworfenen Fragen, da sie wichtig seien. In dem Antrag ihrer Fraktionsgemeinschaft sei darauf hingewiesen worden, dass Vertreter*innen der Stadt in der Gesellschafterversammlung der SWSG beauftragt worden seien.

BM Pätzold stellt daraufhin den mündlichen Antrag zur Geschäftsordnung von StRin Porsch (CDU), die von StRin Tiarks (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) aufgeworfenen Fragen in der nächsten Aufsichtsratssitzung der SWSG schriftlich zu beantworten, zur Abstimmung und stellt fest:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen stimmt dem Geschäftsordnungsantrag mehrheitlich zu.

Daraufhin stellt BM Pätzold den Antrag Nr. 295/2023 (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), die Vertreter*innen der Stadt in der Gesellschafterversammlung der SWSG zu den im Antrag aufgeführten Sofortmaßnahmen zu beauftragen, zur Abstimmung und stellt fest:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen lehnt diesen Antrag mit großer Mehrheit ab.

Zur Beurkundung

Haupt / fr

Verteiler:

- I. Referat WFB
zur Weiterbehandlung
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
SWSG
SWS

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
Stabsstelle Klimaschutz
 3. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 4. Amt für Revision
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. FDP-Fraktion
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand